

Diesen Artikel finden Sie unter: /lokales/melle-sued/artikel/56059/stromtrasse-brief-an-die-bundeskanzlerin

Ausgabe: Meller Kreisblatt

Veröffentlicht am: 01.09.2013

*Vier Initiativen sind dabei*

## Stromtrasse: Brief an die Bundeskanzlerin

von Simone Grawe



**Wellingholzhausen. In ihrem Widerstand gegen die geplante 380-kV-Freileitung zwischen Voxtrup und Gütersloh holen die Bürgerinitiativen entlang der Stromtrasse jetzt die höchste politische Ebene mit ins Boot: In einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Kanzleramtsminister Roland Pofalla untermauern die Initiativen ihre Forderung nach einer Erdverkabelung.**

Frank Vornholt, Sprecher der Bürgerinitiative Wellingholzhausen, teilte am Wochenende mit, dass das von den Initiativensprechern aus Wellingholzhausen, Borgholzhausen, Borgloh und Voxtrup unterzeichnete Schreiben von MdB Georg Schirmbeck an Angela Merkel und Roland Pofalla beim Besuch der Kanzlerin am 13. September in Osnabrück übergeben werden soll.

Darin bitten Frank Vornholt, Hartmut Halden, Heinz Schlüter, Andreas Halbrügge, Michael Beuttenmüller und Christine Höfer um Hilfe und Unterstützung bei der Forderung nach einer Erdverkabelung: „Wir sind und wollen keine Blockierer der Energiewende sein“, heißt es darin unter anderem. Man unterstütze den Atomausstieg und sei sich sehr wohl bewusst, dass dafür andere Kompromisse eingegangen und Lösungen gefunden werden müssten: „Die Akzeptanz für die Energiewende und damit zusammenhängende Maßnahmen setzen jedoch Ehrlichkeit und Transparenz aller Beteiligten voraus“, schreiben die Initiativen mit Hinweis darauf, dass dies nicht zu erreichen sei, indem Politik, Verwaltung und Vorhabenträger lediglich auf die Gesetzeslage verweisen.

Große Teile des Osnabrücker Landes seien durch den Terra-Vita-Naturpark geprägt, lautet es in dem Brief weiter. Für die geplante Höchstspannungsleitung bestehe, auch nach Darstellung des Vorhabenträgers Amprion, auf über 90 Prozent der Trasse hohes bis besonders hohes Konfliktpotenzial zu den Schutzgütern „Mensch“ und „Natur“: „Die unmittelbare Nähe der Leitung zu zahlreichen Gemeinden, Wohnhäusern, Kindergärten und Schulen beunruhigt viele Bürger und erzeugt Angst und Unsicherheit vor den gesundheitlichen Gefahren durch elektromagnetische Strahlung“, führen die Unterzeichner aus.

Hingegen würde die Schaffung einer Erdverkabelungsoption auch für andere Strecken den Spielraum für die Planfeststellungsbehörden deutlich erweitern und im Ergebnis zur Verfahrensbeschleunigung und Akzeptanzsteigerung beitragen, heißt es weiter. Und: „Dafür brauchen wir Ihre Hilfe und hoffen auf Ihre Unterstützung.“

Copyright by Neue Osnabrücker Zeitung GmbH & Co. KG, Breiter Gang 10-16 49074 Osnabrück  
Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung.